

BERLIN

SPD

Abteilung Wilmersdorf Süd

Der rote Wilmersdorfer Süden

September 2019



Inhalt:

- Auf ein Wort
- Berichte über die Mitgliederversammlungen am 6. August 2019 und 3. September 2019
- SPD Wilmersdorf-Süd on Tour
- Aktuelles aus dem Abgeordnetenhaus
- Aktuelles aus der Bezirksverordnetenversammlung
- Termine und Impressum

Auf ein Wort

Liebe Genossinnen und Genossen,

die SPD befindet sich gegenwärtig in einer äußerst schwierigen Situation. Bei der Landtagswahl in Brandenburg konnte unsere Partei trotz großer Verluste noch stärkste Kraft vor der AfD bleiben und steht jetzt vor einer nicht einfachen Regierungsbildung, die für die nächsten Jahre eine Weiterentwicklung, zugleich aber auch Stabilität sichern muss.

In Sachsen ist die SPD nur noch einstellig im Parlament vertreten. Die CDU konnte trotz erheblicher Verluste ihre Führungsposition behalten. Bedrohlich ist jedoch in beiden Ländern der deutliche Stimmenzuwachs für die AfD. Dies stellt eine Herausforderung für alle demokratischen Partei dar, zumal sich gerade in den östlichen Bundesländern der rechtsradikale Flügel der AfD gestärkt sieht. Nunmehr bleibt abzuwarten, wie das Ergebnis der Landtagswahlen in Thüringen im Oktober sein wird. Auch hier ist für die SPD ein schwieriges Ergebnis zu erwarten.

Unterdessen läuft der Findungsprozess für eine neue Führungsspitze der Bundespartei auf Hochtouren. Am 17. September 2019 konnten wir im vollen Willy-Brandt-Haus die beeindruckende Präsentation aller Kandidatinnen und Kandidaten erleben. Auch in meinem Wahlkreisbüro verfolgten zahlreiche Besucherinnen und Besucher die Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten. Es bleibt hier sicherlich spannend. Zugleich verdeutlicht die Kandidatenkür aber auch, dass die SPD eine lebendige Partei ist und aus dieser Tour, unabhängig davon, wer letztlich gewinnt, auch gestärkt und solidarisch herausgehen wird. Die erste Abstimmung der Mitglieder folgt dann ab dem 14. Oktober 2019.

Besonders betroffen macht uns aufgrund der Erkrankung auch der Rücktritt von Manuela Schwesig aus der amtierenden Parteispitze und als stellvertretende Bundesvorsitzende. Wir wünschen ihr auf diesem Wege gute Besserung und viel Kraft für die nächsten Wochen und Monate.

Die in der Berliner Politik beherrschenden Themen sind die Mieten-, Verkehrs- und Schulpolitik. Ich werde über die aktuellen Diskussionen im Abgeordnetenhaus regelmäßig berichten.

Am 16. September 2019 fand auf meine Einladung als Wahlkreisabgeordneter im Theater Jaro eine gut besuchte öffentliche Veranstaltung mit Raed Saleh zum Thema „Mietendeckel“ statt, in der wir deutlich die Position der SPD dargestellt haben.

In unserer Abteilung haben wir uns im August mit der Personalentwicklung im öffentlichen Dienst des Landes Berlin befasst. In der Mitgliederversammlung konnte der zuständige Staatssekretär der Finanzverwaltung, Frédéric Verrycken sehr eindrucksvoll und fachkundig den aktuellen Stand der Personalgewinnung und der Personalbindung aufzeigen. Hierüber berichten wir in diesem RWS.

Ebenso beeindruckend war unsere Besichtigung des ehemaligen Reemtsma-Geländes an der Mecklenburgischen Straße, auf dem in den nächsten Jahren ein riesiger Gewerbepark für rund 10.000 Beschäftigte entstehen soll. Über diese Besichtigung und die folgende Mitgliederversammlung zum Thema „Bauen im Bezirk“ berichten wir in diesem RWS ebenfalls.

In unserer Mitgliederversammlung am 1. Oktober 2019, zu der ich recht herzlich einlade, wird der Spandauer Bundestagsabgeordnete Swen Schulz zur aktuellen Bundespolitik referieren.

Ich möchte außerdem noch auf zwei weitere Termine besonders hinweisen:
Am 4. November 2019, 19.00 Uhr, geht es bei den „Wilmsdorfer Gesprächen“ in meinem Bürgerbüro Landauer Straße um die Zukunft des Breitenbachplatzes. Ich werde auf dem roten Sofa mit Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann und dem Vorsitzenden der Bürgerinitiative, Ulrich Rosenbaum nicht nur über den aktuellen Stand der Diskussionen, sondern auch über die Auswirkungen eines möglichen Abrisses der Autobahnbrücke auf unser Einzugsgebiet sprechen.

Am 26. November 2019, 19.00Uhr, findet unsere traditionelle Weihnachtsfeier der Abteilung im Restaurant Prometheus statt. Ich würde mich freuen, Euch recht zahlreich zu treffen. Nähere Hinweise zur Anmeldung gibt es in diesem RWS.

Herzlichst
Euer
Florian Dörstelmann
Abteilungsvorsitzender

Bericht über die Mitgliederversammlung am 6. August 2019

Personalsituation in der Berliner Verwaltung – Referent: Frédéric Verrycken, Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Finanzen

Florian Dörstelmann begrüßte Frédéric Verrycken, der seit dem 23. Oktober 2018 neuer Staatssekretär für Finanzen und als solcher nach der Geschäftsverteilung des Senats auch für das gesamte Personalmanagement der Berliner Verwaltung zuständig ist. Zugleich bat Florian Dörstelmann Frédéric Verrycken die Mitglieder auch einen kurzen Überblick zum Stand und Ausblick des Doppelhaushalts 2020/2021 zu geben.

Frédéric Verrycken führte sehr engagiert und fachkundig anhand von Charts in das Thema ein und gab einen Überblick zu den folgenden Themenkomplexen:

- Wieviel Personal hat das Land Berlin?
- Wie bezahlen wir das Personal?
- Was tun wir für das bestehende Personal und
- Wie gewinnen wir neues Personal?

Aktuell gibt es 121.400 Beschäftigte im Land Berlin, das sind 8,8 % mehr seit 2013, dem Tiefpunkt der Beschäftigtenzahl. Aufgrund der nunmehr vielfältigen

Einstellungsaktivitäten, die neben dem Bedarf aus dem altersbedingten Personalabgang auch den Bevölkerungswachstum Berlins antizipiert, ist das Personal in den Jahren 2014-2019 um 9,05% gewachsen und liegt damit vor der Bevölkerungsentwicklung, die für diesen Zeitraum 6,04% betrug. Dieser Personalzuwachs wird mit dem Doppelhaushalt 2020/2021 fortgesetzt. So sind bis 2021 weitere 4140 neue Stellen vorgesehen, und zwar in den Schwerpunkten Polizei, Feuerwehr, Gerichte, Staatsanwaltschaften, Justizvollzugsanstalten, Lehrkräfte und Finanzämter. Im Vergleich mit Hamburg und Bremen hätte Berlin 6278 Stellen mehr, wenn man beide Stadtstaaten auf die Größe Berlins hochrechnet und die 3.500 Stellen für Hauptstadtaufgaben abzieht. Insgesamt hat Berlin gegenwärtig 116.460 Beschäftigte für 3.712.000 Einwohner.

Ein besonderes Problem der Berliner Verwaltung ist die überdurchschnittliche Altersstruktur der Beschäftigten, die insbesondere auch aus den Sparhaushalten des vergangenen Jahrzehnts, in denen wegen der fehlenden Einstellungen nicht gegengesteuert wurde, resultiert. Bis zum Jahr 2026 werden rd. 29% der Beschäftigten altersbedingt ausscheiden. Um diesen Personalbedarf, einschließlich der neuen Stellen decken zu können, stellt das Land Berlin wieder verstärkt ein. Für das Jahr 2019 werden es insgesamt 9000 neue Beschäftigte sein. Allerdings ist zu konstatieren, dass es in einigen Berufsgruppen, z.B. IT-Fachpersonal, Ärzte und Baujuristen sehr schwierig ist, geeignete Bewerberinnen und Bewerber zu finden.

Ein besonderes Thema für die Beschäftigten des Landes ist nach Aussage von Frédéric Verrycken die Gehaltssituation der Beschäftigten. Bei den Angestellten gehört das Land seit 2010 wieder der Tarifgemeinschaft der Länder an und somit nehmen die Angestellten auch wieder regelmäßig an den Tarifierhöhungen teil und die Tariflücke konnte geschlossen werden. Seit 2017 werden die Tarifbeschäftigten nach dem Tarifvertrag der Länder – TVL - so bezahlt wie in den anderen Bundesländern. Neben den allgemeinen Tarifierhöhungen wurden hier noch die Tabellenentgelte ab 2019 erhöht sowie für bestimmte Berufsgruppen, wie Pflegepersonal ab 2019, Sozial- und Erziehungsdienst, Rettungsdienst ab 2020 sowie IT-Fachpersonal ab 2021 die Entgeltordnung geändert. Insgesamt verursacht der Tarifabschluss ab 2022 dauerhaft jährliche Mehrkosten in Höhe von 367 Mio. Euro.

Bei den Beamten gilt es den Besoldungsabstand zwischen Berlin und dem Durchschnitt der Länder abzubauen. Deshalb hat der Senat beschlossen, dass Berlins Beamte überdurchschnittliche Erhöhungen um 4,3% pro Jahr, das sind ca. 1,1 Prozentpunkte über dem Länderdurchschnitt. Außerdem werden die Anpassungszeitpunkte sukzessive vorgezogen, so dass im Jahr 2021 Berlin bei den Beamten den Besoldungsdurchschnitt der übrigen Bundesländer erreicht haben wird. 2017 betrug der Besoldungsabstand zum Durchschnitt der Länder noch 5,13 % und zum Durchschnitt der Länder und Bund 5,36%.

Ein Schwerpunkt bei der Personalpflege liegt laut Frédéric Verrycken bei der Fortbildung. So haben sich im Jahr 2018 insgesamt 37.212 Beschäftigte an der Verwaltungsakademie Berlin (VAK) fortgebildet. Die Fortbildung steht auch im unmittelbaren Kontext zur Personalentwicklung im Land Berlin, die moderne und attraktive Arbeitsbedingungen, die Vereinbarkeit Familie, Pflege und Beruf, Telearbeit und Mobiles Arbeiten sowie eine Verbesserung des Laufbahnwechsels vorsieht. Zudem soll die VAK weiterentwickelt und eine Akademie für Führungskräfte aufgebaut werden. Für

das landesweite Wissensmanagement wurden 2018 insgesamt 5,2 Mio. Euro ausgegeben.

Die durchschnittlich 37,4 Fehltage pro Beschäftigter des Landes Berlin verdeutlichen nach Auffassung von Frédéric Verrycken die dringende Notwendigkeit eines nachhaltigen Gesundheitsmanagements, u.a. mit Zielvereinbarungen zur Gesundheitsquote, der Einführung eines landesweiten Langzeitmanagements sowie des notwendigen Bewusstseins eines gesundheitsorientierten Führens.

Nach Auskunft von Frédéric Verrycken sind für das Jahr 2019 insgesamt 9.000 Neueinstellungen im Land Berlin vorgesehen. Dabei ist die Zahl der Auszubildenden in den letzten 10 Jahren um 40 % auf insgesamt 9.910 Auszubildende im Jahr 2018 gestiegen. Ausgebildet wird bei den Tarifbeschäftigten in Verwaltungsfachberufen, als Justizfachangestellte, Gärtner, Büchereiangestellte, Vermessungsangestellte, in medizinischen Fachberufen sowie in sonstigen Berufen. Bei den Beamtenanwärter/innen liegen die großen Blöcke bei der Polizei, Feuerwehr, den Finanzämtern, dem Justizvollzug, den Gerichten und den Lehramtsanwärter/innen. Hinzu kommen im allgemeinen Verwaltungsdienst Jurist/innen und Bachelorabsolventen sowie Trainees mit unterschiedlichen Studienabschlüssen.

Insgesamt werden Verbesserungen für die Ausbildung angestrebt. Dabei sind u.a. Duale Studiengänge für Bauingenieurwesen und Öffentliche Verwaltungswirtschaft, Stipendienprogramme für Informatik und Soziale Arbeit, Ausbildung in Teilzeit sowie eine landesweite Rahmendienstvereinbarung „Ausbildung“ in Vorbereitung.

Die Neueinstellungen können aber nur erzielt werden, wenn es ausreichend Bewerberinnen und Bewerber für die einzelnen Stellen gibt. Dazu wird ein gemeinsames Personalmarketing des Landes aufgebaut mit dem Ziel, dass alle Dienststellen und Behörden des Landes Berlin unter einer Marke für ihr Personal auf Messen und Veranstaltungen, im Online-Karriere-Portal sowie durch Kampagnen werben. Dazu gehört auch eine beschleunigte Personalgewinnung durch schnelle Ausschreibung sowie schnelle Besetzung. Das Ziel ist eine Stellenbesetzung in drei Monaten. 5,3 Monate betrug die durchschnittliche Verfahrensdauer für die Stellenbesetzung im Jahr 2015, 4 Monate dauert eine Stellenbesetzung derzeit im Schnitt, 3 Monate schaffen bisher nur einige Dienststellen. Ziel ist, dass alle Behörden das schaffen. Hierzu sollen zentrale Bewerbungsbüros in jeder Dienststelle eingerichtet und ein Standardprozess für das Auswahlverfahren entwickelt werden. Außerdem soll ein einfacher Einstieg in den öffentlichen Dienst durch eine Verbesserung der laufbahnrechtlichen Möglichkeiten, leichterem Zugang zur Beamtenlaufbahn im allgemeinen Verwaltungsdienst, der weiteren Einführung von Traineeprogrammen sowie der Wiedereinführung der Verbeamtung im mittleren nichttechnischen Verwaltungsdienst und bei der Justiz erreicht werden.

Ergänzend zu seinem Vortrag übergab Frédéric Verrycken den anwesenden Mitgliedern noch das Personalpolitische Aktionsprogramm 2019/2020, das als Vorlage dem Abgeordnetenhaus unterbreitet wurde und die personalpolitischen Vorhaben des Senats für die Jahre 2019 und 2020 aufzeigt.

Abschließend gab Frédéric Verrycken noch einen kurzen Überblick zum Entwurf des Doppelhaushalts 2020/2021. Dieser Doppelhaushalt ist der erste Haushalt unter den

Bedingungen der Schuldenbremse und ist schuldenbremsenkonform. Für 2020 werden Ausgaben in Höhe von 30.537 Mrd. Euro, darunter 9.983 Mrd. Euro Personalausgaben und für 2021 31.942 Mrd. Euro, darunter 10.536 Mrd. Euro Personalausgaben veranschlagt. Dagegen stehen Einnahmen in Höhe von 30.819 Mrd. Euro im Jahr 2020 sowie 31.346 Mrd. Euro im Jahr 2021. Die Berliner Einnahmen sind durch die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ab dem 1. Januar 2020 dauerhaft gesichert. Berlin hat aber noch immer Schulden von deutlich über 57 Mrd. Euro. Dabei sinkt die Schuldenquote kontinuierlich und lag 2018 bei 40%. Ziel ist eine Schuldenquote von 30%.

In der anschließenden Diskussion begrüßte Udo Rienaß ausdrücklich die von Frédéric Verrycken vorgestellten personalpolitischen Maßnahmen, verwies allerdings darauf, dass die einzelnen geplanten bzw. eingeleiteten Maßnahmen, Aktivitäten und Schritte zum Teil bereits seit Jahrzehnten festgeschrieben sind, aber nicht bzw. nur zum Teil umgesetzt wurden. Dies liegt u.a. daran, dass es eine mangelnde Bereitschaft – auch bei den politischen Verantwortlichen auf allen Ebenen der Verwaltung – zur Umsetzung gab und gibt. Er hätte es daher begrüßt, wenn es z.B. auch im Leit-antrag zum Landesparteitag vom 30. März 2019 ein stärkeres Bekenntnis der sozialdemokratischen Senatorinnen und Senatoren, Staatssekretäre sowie Bezirksamtsmitglieder zur verbindlichen Umsetzung des Personalmanagements gegeben hätte. Außerdem verwies Udo Rienaß darauf, dass es nach seinen Informationen auch verwaltungsseitig eine Umsetzungslücke geben soll, und zwar sollen die politischen Vorgaben der Hausleitung aus dem Hause der Senatsverwaltung für Finanzen nur sehr zögerlich und eher konservativ umgesetzt werden. Abschließend begrüßte Udo Rienaß auch die intensiven Einstellungsbemühungen des Landes, bemerkte allerdings, dass das Umsteuern in der Einstellungspolitik leider viel zu spät erfolgt ist. Noch in der letzten Legislaturperiode wurden vom Senat, unterstützt von der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, weiterhin Personaleinsparungen eingefordert, obwohl die personelle Entwicklung sowie die Notwendigkeiten, die sich aus einer wachsenden Stadt ergeben, erkennbar waren. Dies wird noch heute in der Verwaltung der SPD negativ angerechnet.

Weitere Themen in der sehr sachbezogenen Diskussion waren:

- Übernahme der Auszubildenden. Bei erfolgreichem Abschluss werden alle Auszubildenden übernommen
- Gemeinsame Stellenbewertungen, d.h. gleiche Bewertung für gleiche Aufgabenfelder, zugleich auch als Effizienzsteigerung
- Geschäftsprozessoptimierungen vor Stellenbesetzungen
- Stellenaufwuchs in den Bezirken. Hierzu verwies Frédéric Verrycken darauf, dass von den Bezirken insgesamt 90 Mio. Euro Personalmittel nicht genutzt wurden, wobei die Bezirke insgesamt ein Vermögen von 240 Mio. Euro haben
- Verbesserung des Personalmarketings. Hier wurde zum Beispiel auf die Möglichkeit von Werbemaßnahmen vor Ort mit einem Tag der offenen Tür hingewiesen
- Stärkung der Lernfähigkeit der Beschäftigten durch Qualifizierungsmaßnahmen

- Verbesserung der Gesundheitsquote durch geeignete Maßnahmen im Gesundheitsmanagement
- Umsetzung moderner Arbeitszeitmodelle
- Durchlässigkeit der Laufbahnen und Förderung von Quereinsteigern im allgemeinen Verwaltungsdienst
- Abbau der Umsetzungsprobleme und Widerstände in einzelnen Dienststellen

Bericht über die Mitgliederversammlung am 3. September 2019

Stadtentwicklung im Bezirk, Referent: Wolfgang Tillinger, Sprecher für Stadtentwicklung in der BVV-Fraktion Charlottenburg-Wilmersdorf

Nach der Führung über das ehemalige Reemtsma-Gelände an der Mecklenburgischen Straße in Wilmersdorf begrüßte Florian Dörstelmann Wolfgang Tillinger, der sodann zum Schwerpunktthema „Bauen im Bezirk“ referierte. Eingangs wies Wolfgang Tillinger darauf hin, dass seine Zuständigkeit in der BVV-Fraktion neben der Stadtentwicklung im engeren Sinne auch noch die Themen Verkehr, Bauen und Stadtentwicklung in der Zukunft umfasst.

Zu den aktuellen Bauthemen im Bezirk führte er im Einzelnen Folgendes aus:

- *Bebauung der Cornelsenwiese.* Hier gibt es aktuell in der BVV einen Streit über den Bebauungsplan. Grundsätzlich soll die Wiese gerettet werden, andererseits will der Investor Becker & Kries dort Neubau errichten, und zwar 100 Wohneinheiten, von denen 32 preisgebunden (nicht teurer als 7 € pro qm) sein sollen. Dabei soll aber auch nur die Hälfte der Wiese bebaut und der Rest Grünfläche bleiben. Dem Bebauungsplan wollen in der BVV aber nur die SPD und die FDP zustimmen, die Grünen und die Linken sind dagegen und die CDU sowie die AfD wollen sich enthalten. Diese beziehen sich auf das Bürgerbegehren zum Schutz und Erhalt von Grünflächen im Bezirk, das nach Ansicht der SPD aber nur Grünflächen im Bezirksbesitz betrifft. Für die SPD ist auch bedeutsam, dass die von Becker & Kries errichteten Neubauten zunächst als Ausweichwohnungen für die Bewohner der „Schlange“ dienen sollen, deren Wohnungen dringend saniert werden müssen. Ein Sanierungstermin steht allerdings noch nicht fest. Es soll nunmehr zeitnah in der BVV erneut ein Beschluss zum Bebauungsplan gefasst werden, der möglicherweise mit den Stimmen der SPD und der FDP eine Mehrheit hätte.
- *Kolonie Wiesbaden.* Für die Kolonie Wiesbaden ist Baurecht gegeben, allerdings gibt es hier Auseinandersetzungen mit dem Investor, sodass noch kein Baubeginn zu verzeichnen ist.
- *Oeynhausen.* Der Bau auf dem ehemaligen Kleingartengelände ist fortgeschritten, der Bestand der restlichen Kleingärten auf diesem Gelände ist gesichert.

- *Westkreuzpark*. Die Deutsche Bahn hat das Gelände zwischen dem Bahnhof Westkreuz und dem Bahnhof Charlottenburg an einen Investor verkauft, der dafür bekannt ist, erworbenes Gelände schnell mit Rendite weiter zu verkaufen. Die BVV wird dieses Gelände jedoch als Grünfläche ausweisen.
- *Tanklager am Spreeboard*. Hier waren zunächst 1.200 Wohnungen geplant. Zwischenzeitlich sollen es nur noch 300 Wohnungen sein und der Rest soll als Büro- und Geschäftsräume ausgewiesen werden. Dabei wurden alle bisherigen Planungen überworfen.
- *Halemweg*. Am Halemweg wurde die Poelchau-Oberschule in den Olympiapark verlagert und das Gebäude am bisherigen Standort wird abgerissen. Hier wird ein Neubau der Anna-Fried-Oberschule errichtet und am bisherigen Standort dieser Schule ist eine Wohnbebauung vorgesehen.

In der Diskussion wurden die folgenden Punkte angesprochen:

- Die Kleingärten im Bezirk sind grundsätzlich gesichert; es sei denn die Fläche wird für Infrastrukturmaßnahmen benötigt.
- Beim möglichen Dachgeschossausbau sind Aufzüge erforderlich, deren Einbau wiederum auf die Miete umzulegen ist und zu einer Verdrängung führen kann.
- Die Stadtverdichtung hat Auswirkungen auf das Stadtklima. Allerdings liegen hierzu noch keine gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnisse vor und es müssten bei einer Konkretisierung auch Veränderungen im Baugesetzbuch vorgenommen werden.
- Eine Autobahnüberbauung wie in der Schlangenbader Straße wäre heute nicht mehr bezahlbar.
- Verlagerung des Messestandortes an den BER und Nutzung der bisherigen Fläche zur Wohnbebauung. Derartige Wünsche der Messe sind immer mal wieder verlautbart worden, Konkretes ist allerdings nicht bekannt und wäre dann auch Entscheidung des Landes.
- Versorgung der Gebäude mit Fernwärme ist zumindest für alle öffentlichen Gebäude gesichert.
- Neugestaltung des Ludwig-Barney-Platzes. Die SPD wird einem Antrag der Grünen zur Neugestaltung beitreten.
- Es wurde auch das widersprüchliche Verhalten des Grünen Stadtrates für Stadtentwicklung Oliver Schruoffenegger thematisiert, der wie kein anderer eine Klientelpolitik betreibt.

SPD Wilmersdorf-Süd on Tour

In unregelmäßigen Abständen veranstaltet unsere Abteilung Excursionen, um sich konkreten Themen vor Ort zu widmen.

So haben über 30 Mitglieder unserer Abteilung sowie der Abteilung Schmargendorf am 3. September 2019 das Gelände der ehemaligen Reemtsma-Zigarettenfabrik an der Mecklenburgischen Straße in Wilmersdorf besichtigt und an einer sehr interessanten Führung teilgenommen. Der Geschäftsführer der Wohnkompanie Berlin GmbH & Co KG, Herr Stephan Allner, hat uns über den aktuellen Sachstand und die künftigen Planungen des Investors informiert.

Auf dem 7,5 ha großen Gelände soll bis voraussichtlich 2025 in 3 bis 5 Bauabschnitten ein völlig neues Gewerbegebiet mit künftig 10.000 Arbeitsplätzen in unterschiedlichen, z.T. auch kleinteiligen Gewerbe- und Innovationseinheiten entstehen. Hinzu kommen ein 2 Sterne- sowie ein 4 Sternehotel. Geplant sind außerdem ein Kino, Restaurants, Cafés und kleinere Geschäfte. Da das Gelände ausschließlich als Gewerbegebiet ausgewiesen ist, wird es dort keine Wohnbebauung geben. Für die Beschäftigten und Besucher wird es in den unteren Geschossen 4.000 Fahrradabstellplätze und 2.000 Tiefgaragenplätze für Autos geben.

Insgesamt konnten wir feststellen, dass es sich bei den Planungen um ein äußerst ambitioniertes Projekt handelt, das hinsichtlich der künftigen Verkehrsströme und der hohen Zahl der Beschäftigten Auswirkungen auf die umliegende Infrastruktur haben dürfte. Gleichwohl wird die Fertigstellung dieses Projektes zu einer deutlichen Steigerung der Attraktivität des Umfeldes beitragen.

Wir werden als Abteilung die weitere Entwicklung aktiv beobachten

Aktuelles aus dem Abgeordnetenhaus

Gibt es auf der Bundesebene gegenwärtig (gefühlte) nur noch das Thema „Klimaschutz“, so dominiert auf der Landesebene ganz eindeutig der Komplex „Mietendeckel und Volksinitiative Deutsche Wohnen & Co enteignen“. Deutlich wurde das auch bei der letzten Plenarsitzung, als die Unterschiede zwischen allen vertretenen Parteien wieder mehr als erkennbar wurden. Steht die SPD-Fraktion zu einhundert Prozent hinter dem Slogan „Bauen Kaufen Deckeln“ und der Forderung nach dem maximal möglichen Neubau von Wohnungen, sehen Grüne und Linke das wesentlich zurückhaltender. Insbesondere die Linke lässt immer wieder erkennen, dass sie lieber kaufen als bauen, vor allem aber gern in großem Umfang enteignen würde und auch bei den Grünen scheint das Bekenntnis zu mehr Wohnungen durch Neubau nur so weit zu reichen, wie dies ohne Inanspruchnahme von Grünflächen geschehen kann – also eher nicht. Hier wird R2G als Koalition noch einiges zu diskutieren haben, aber fest steht, dass die Bausenatorin ihre Verpflichtung aus dem Koalitionsvertrag, mindestens 30.000 neue Wohnungen mit den städtischen Wohnungsgesellschaften neu zu bauen, nicht erfüllen wird.

Ein echtes Eigentor hatte die CDU-Fraktion in der vergangenen Woche geschossen, deren baupolitischer Sprecher, Christian Gräff, einen Zuzugsstopp für Berlin gefordert hatte. Der hatte mit seiner Forderung vor allem versucht, seine These mit der Botschaft, der Senat schaffe nicht die Voraussetzungen für ein funktionierendes Wachsen der Stadt, verbinden zu können. Tatsächlich erläuterte ihm daraufhin der Regierende Bürgermeister im Rahmen der Fragestunde im Plenum ausführlich, warum die Forderung nach einem Zuzugsstopp schlicht unsinnig war. Der Begriff der Weltoffenheit und auch die schiere Notwendigkeit, weiterhin junge motivierte Menschen und damit kluge Köpfe in die Stadt zu holen, um den weiteren Aufschwung Berlins zu sichern, standen dabei im Mittelpunkt seiner Replik.

Aber auch die FDP muss zunehmend begreifen, dass sie mit ihrer Kampagne zur Offenhaltung des Flughafens Tegel langsam aber sicher vor die Wand läuft. So ist insbesondere beim Fraktionsvorsitzenden Sebastian Czaja eine zunehmende Verunsicherung unübersehbar. Fast flehentlich wirkt die Beschwörung eines Ausfallszenarios für den kommenden Herbst – für das jedoch immer weniger spricht. Entsprechend klar und treffsicher waren dann auch wieder die Ausführungen unseres Obmanns im Untersuchungsausschuss BER, Jörg Stroedter, der der Opposition genau dies mit großer Kenntnis der tatsächlichen Gegebenheiten rund um den BER und die dortigen Baufortschritte vorhielt. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang war allerdings auch die Erkenntnis, dass die CDU, die noch vor zwei Jahren opportunistisch der FDP-Kampagne beigesprungen war, jetzt nicht mehr von einem notwendigen „Plan B“ oder einer Verschiebung des Eröffnungstermins spricht. Offensichtlich ist zumindest dort inzwischen Realismus eingekehrt.

Schließlich gab es eine interessante Debatte um die Verlängerungen von U-Bahn-Linien, die sich vor allem um die Verlängerung der U 8 ins Märkische Viertel und der U 2 bis Pankow Kirche drehte. Auch hier wurde deutlich, dass die SPD als einzige Partei jenseits von Teilinteressen ein Gesamtkonzept verfolgt, in dem nicht nur neue Straßenbahnen oder Elektro-Busse das BVG-Netz erweitern, sondern auch mehrere seit Jahrzehnten überfällige Verlängerungen zweier wichtiger Strecken des U-Bahn-Netzes eine wichtige Rolle spielen. Am Rande streifte die Debatte dabei auch noch eine mögliche Verlängerung der U 3 zwischen Krumme Lanke und Mexikoplatz. Auch wenn diese nicht in naher Zukunft realisierbar scheint, ist sie zumindest wieder Gegenstand der aktuellen Diskussionen und ihre Verwirklichung hätte sicher auch positive Aspekte für Wilmersdorf Süd und Schmargendorf.

Florian Dörstelmann, MdA

Aktuelles aus der Bezirksverordnetenversammlung

Unmittelbar nach der Sommerpause hat die BVV Charlottenburg-Wilmersdorf in der BVV-Sitzung im August unseren Antrag „Klimanotstand in Charlottenburg-Wilmersdorf“ beschlossen. Darin fordert die SPD-Fraktion gemeinsam mit den Grünen und Linken das Bezirksamt u.a. auf, einen „Klimamanager*in“ einzustellen, ein Energiemanagement für städtische Gebäude im Bezirk sowie die Prüfung der Klimawirkung von BA-Beschlüssen. (Der BVV Beschluss ist hier nachzulesen: <https://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/politik/bezirksverordnetenversammlung/online/vo020.asp#allrisSV>)

Des Weiteren wurde der BA-Entwurf des bezirklichen Doppelhaushaltes eingebracht und für die Beratung zunächst in die Fachausschüsse überwiesen. Anfang September fanden dann die Haushaltsberatungen statt. Als haushaltspolitische Sprecherin habe ich maßgeblich für die SPD-Fraktion den gemeinsamen Änderungsantrag von SPD/Grüne/Linken vorbereitet und in die Haushaltsberatungen eingebracht.

In der September-BVV wurde dann der bezirkliche Doppelhaushalt 2020/2021 mit unseren Änderungen gemeinsam mit den Stimmen von SPD, Grünen, Linken und der CDU beschlossen. Es war im Übrigen das erste Mal seit der Bezirksfusion, dass die CDU einem Bezirkshaushalt zugestimmt hat. Sicherlich auch vor dem Hintergrund, dass ihre finanziellen Forderungen sich in unserem Änderungsvorschlag größtenteils wiederfanden.

Gegenüber dem vom BA eingebrachten Entwurf haben wir zusätzlich ca. 3 Mio Euro an Personal- bzw. Sachmitteln in den Bezirkshaushalt eingestellt.

Die zusätzlichen Mittel verteilen sich schwerpunktmäßig auf die Bereiche:

- **Jugend:** + 978.400 €
- **Stadtentwicklung/Umwelt/Tiefbau:** + 850.000 €
- **Ordnung im öffentlichen Raum:** + 578.000 €
- **Soziales:** + 123.000 €

Damit haben wir nach Jahren der finanziellen Knappheit und Kürzungen in vielen Bereichen wieder Gestaltungsmöglichkeiten innerhalb des Bezirkshaushaltes für die nächsten 2 Jahre gesetzt. Jetzt muss nur noch auch auf Landesebene, wo gerade die Haushaltsberatungen begonnen haben, unser Bezirksdoppelhaushalt durch das Abgeordnetenhaus beschlossen werden.

Im September fand dann noch eine Sonder-BVV-Sitzung statt, um insbesondere vertagte Tagesordnungspunkte aus der August- und September-BVV zu behandeln. Es handelte sich hierbei im Wesentlichen um vertagte Große Anfragen u.a. zu den Themen „Schulstart 20/21 in Charlottenburg-Wilmersdorf“, „Dreieck Funkturm und ICC“. Des Weiteren wurde einstimmig der Antrag zum Thema „Stand der Planungen zur A 100 endlich offenlegen“ beschlossen.

Constanze Röder

Termine und Impressum

Termine der Abteilung

Dienstag, 01.10.2019, 19.00 Uhr 19.30 Uhr	Abteilungsvorstand Mitgliederversammlung mit Swen Schulz, MdA Thema: „Bundespolitik“
Dienstag, 05.11.2019, 19.00 Uhr 19.30 Uhr	Abteilungsvorstand Mitgliederversammlung
Dienstag, 26.11.2019, 19.00 Uhr	Weihnachtsfeier der Abteilung

Termine des Wahlkreises

Mittwoch, 23.10.2019, 10.30 Uhr	Führung im Abgeordnetenhaus und Teilnahme am Ausschuss für Verfassungsschutz; Anmeldung über lobo@florian-doerstelmann.de
Montag, 04.11.2019, 19.00 Uhr	„Wilmersdorfer Gespräche“ – „Die Zukunft des Breitenbachplatzes“ - im Gespräch auf dem roten Sofa mit Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann und dem Vorsitzenden der Bürgerinitiative Breitenbachplatz, Ulrich Rosenbaum Ort: Bürgerbüro, Landauer Straße 8
Donnerstag, 21.11.2019, 19.00 Uhr	Lesung im Bürgerbüro. Die Kriminalautorin und Richterinnen Susanne Rüster liest aus ihrem aktuellen Potsdam-Babelsberg-Krimi „RaubLust“
Samstag, 07.12.2019, 11.00 Uhr	Lebendiger Adventskalender im Bürgerbüro – Weihnachtliches Beisammensein mit Glühwein und Kinderpunsch



Weihnachtsfeier

unserer Abteilung SPD Wilmersdorf-Süd



● am Dienstag, den 26. November 2019

● 19.00 Uhr

● im Restaurant „Prometheus“

12,00 € pro Person Kostenbeitrag

für das Buffet, direkt vor Ort zu zahlen!

Anmeldung bis spätestens zum 15.11.2019 per Mail an:

der-vorstand@wilmersdorf-sued.de oder heidi.duemke@gmx.de

oder telefonisch an Heidi Dümke 0151-42502117

Unser Spendenkonto:

SPD-Wilmersdorf-Süd

Berliner Sparkasse

IBAN: DE 93100500000910031525

BIC: BELADEBEXX

Impressum:

SPD Landesverband Berlin
Kreis Charlottenburg-Wilmersdorf
Abteilung 97
www.wilmersdorf-sued.de

Redaktion:

Florian Dörstelmann (V.i.S.d.L.P.)
Udo Rienaß

Bild und Layout

Felix Bürkholz